



Zwangsumzüge

Typischer Samstag ...

Rund 1400 Hartz IV-Kunden hat die Bochumer Arge aktuell wegen ihrer Wohnungen im Fokus. Sie sollen sich innerhalb von sechs Monaten etwas einfallen lassen, um die »Kosten der Unterkunft« zu senken (...)

Ein typischer Samstagmorgen im Hartz IV-Zeitalter: Kornelia B. (Name geändert) hat sich die Zeitung von ihrer Nachbarin ausgeliehen, um die Wohnungsanzeigen zu studieren. Als Einzelpersonen-Haushalt stehen der 44-Jährigen maximal 45 Quadratmeter zu, die nach dem Mietspiegel bis zu 4,87 Euro kosten dürfen. Macht 219,15 Euro, plus Nebenkosten.

Erste Ernüchterung: Unter 136 Zeitungsanzeigen finden sich an diesem Samstag exakt zwei Wohnungsangebote bis 220 Euro.

Bei der ersten Rufnummer läuft ein Anrufbeantworter. Die zweite Wohnung wird möbliert vermietet. »Ich hab ja auch noch Möbel. Gibt es eine Möglichkeit, sie unterzubringen?« fragt Kornelia B.

»Ich weiß nicht«, sagt die Vermieterfrau. ◀

(Westdeutsche Allgemeine Zeitung, 13. März 2006)

»Sozialpolitische Stiefeltreterpolitik«

Nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes sollen Zehntausende Arbeitslose auch noch ihre Wohnung aufgeben. Die Betroffenen wehren sich gegen die Zwangsumzüge.

Rund 80 Erwerbslose drängelten sich Mitte März im Saal der Bochumer IG Metall. Sie waren einer Einladung des »Arbeitskreis Erwerbslose in der IG Metall« gefolgt und suchten Rat – wegen Drohbriefen der verhassten »Arge« (Arbeitsgemeinschaft für die Grundsicherung Arbeitsloser). Die Einrichtung von Stadt und Arbeitsagentur hatte angekündigt, demnächst nur noch einen Teil der Miete zu übernehmen – weil die Wohnungen angeblich zu teuer sind. Bei gerade mal 4,23 Euro Arbeitslosengeld für Nahrung und Getränke täglich bedeutet das Umziehen, aber schnell.

Auf der Infoveranstaltung bei der IG Metall sollte auch »Arge«-Chefin Susanne Schomburg Rede und Antwort stehen. Doch ihr Platz auf dem Podium blieb frei: Die Leiterin der

Bochumer Hartz IV-Behörde hatte keine Lust, Fragen aus dem Publikum zu beantworten.

Aber es kam noch schlimmer. Denn während der Veranstaltung wurde bekannt, dass die Bochumer »Arge« rund 200 Arbeitslose zum Amtsarzt bestellen will: Jene Arbeitslosengeld II-Bezieher, die ihre Umzugskisten nicht selbst schleppen können und Atteste eingereicht hatten. Die »Arge« (Sozialberatung: »Brutstätte vorsätzlicher Unfähigkeit«) befürchtet wohl zusätzliche Kosten – und bitet zur Musterung. Sollen Menschen, die verzweifelt Erwerbsarbeit suchen, auch noch mit entwürdigenden Absteigen gedemütigt werden? Fast scheint es, als sei das Gängeln Erwerbsloser Programm. Allein in Bochum gingen bei 1422 Erwerbslosen Ultimaten ein – obwohl günstige Mietwohnungen noch



Illustration: Klaus Espermüller

rarer sind als Arbeitsplätze (siehe Kasten). »Bevor die Arge zum Umziehen drängt, müsste sie erst einmal nachweisen, dass in Bochum 800 preiswerte Wohnungen zu haben sind«, ärgert sich Michael Hermundt, Chef der DGB-Region Ruhr-Mark.

Viertel für Arme

Nicht nur in Bochum. Das überregionale »Aktionsbündnis von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen« schätzt, dass in diesem Jahr bundesweit mindestens 200 000 Zwangsumzüge anstehen könnten. Was Wunder, dass die Angst umgeht, zumal Bund und Kommunen parallel den Ausverkauf ihres Wohneigentums betreiben. Nach Angaben des Deutschen Mieterbunds (DMB) haben Kapitalgesellschaften allein im vergangenen Jahr rund 200 000 kommunale Wohnungen aufgekauft. Preiswerte Unterkünfte werden also immer rarer. Die Städte, fordert DMB-Chef Georg Rips, müssten Konzepte erstellen und gemischte Belegungsstrukturen erhalten. Andernfalls würden Arme, Mittel- und Oberschichten bald wie in den USA in isolierten Vierteln leben.

Will das die Politik? Vielleicht, wenn man sie gewähren lässt. Aber immer mehr Betroffene erkennen, dass sie nicht nur Opfer sind und Gegenwehr lohnt. So dürfen Arbeitslosengeld-II-Bezieher in Wuppertal inzwischen ihre Mieten um zehn Prozent überziehen, ohne dass die Hartz IV-Behörde zum Umzug

zwingt. Parallel wurden willkürliche Fristen zur Mietabsenkung gekappt und auf fünf Monate angehoben. Daher mussten bis Januar erst 60 Erwerbslose umziehen, bei 900 Aufforderungen. »Wir haben die Arge ausgebremsst«, sagt »Tacheles«-Chef Harald Thomé, »auf kommunaler Ebene kann man einiges erreichen.« Zuvor hatte der Sozialhilfe- und Arbeitslosenverein »Tacheles« aufgedeckt, wie rigoros die Behörde gegen Erwerbslose vorgeht und »rechtswidrige Umzugsaufforderungen« angeprangert. So gingen schon Bescheide raus, wenn eine Wohnung die gesetzte Obergrenze um drei Quadratmeter überschritt.

Gewaltfreier Widerstand

Auch in Göttingen mussten die Behörden zurückrudern – nachdem das Stadt- und Wohnforschungsinstitut »Gewos« belegt hatte, dass es viel zu wenig preiswerte Wohnungen gibt. Jetzt übernimmt die Arbeitsagentur auch höhere Mieten, für Alleinstehende beispielsweise bis zu 325 Euro. Bisher war bei 245 Euro Schluss.

Ein schöner Erfolg – oder nur ein Trick, der die aufmüpfige Bewegung schwächen soll? Zwar hat sich die Zahl der Umzugsaufforderungen halbiert; aber über 1000 Göttinger Erwerbslosen droht auch weiterhin der Möbelwagen, das macht Angst. Joachim Bons von der Göttinger IG Metall, der in der Initiative »Sozialforum« mitarbeitet: »Der Druck auf Erwerbslose ist enorm.« Manche hielten dem nicht stand und zögen sich voreilig in unwürdige Winkel zurück. Solch ein Klima will das Sozialforum nicht akzeptieren. Die Initiative hat die Verwaltung aufgefordert, auch 20 Prozent höhere Mieten zu übernehmen – »und zwar dauerhaft und als Pflichtleistung«.

Das ist die Kehrseite der aggressiven Hartz IV-Politik: Die Betroffenen, oft von Gewerkschaftern unterstützt, organisieren den Widerstand. So hat das Erwerbslosen Forum Deutschland ein bundesweites Notruftelefon geschaltet (0228-249 55 94), um Zwangsmaßnahmen zu verhindern; das bundesweit vernetzte »Aktionsbündnis von Erwerbslosen- und Sozialprotestinitiativen« will über lokale Notruf- und Beratungszentren Hilfe anbieten. Betroffene Berliner können sich heute schon von insgesamt 20 Anwälten beraten lassen – kostenlos; im »Einzelfall« sollen unerwünschte Möbelpacker »gewaltfrei« vertrieben werden. »Zwangsumzüge sind die neue Form sozialpolitischer Stiefeltreterpolitik«, analysiert Politikwissenschaftler und Initiativen-Sprecher Peter Grottian. ◀

Fritz Arndt

»UMZUGSDROHUNGEN MÜSSEN VOM TISCH«



Ulrich Schneider,
Sprecher des
Bochumer Arbeits-
kreises »Erwerbs-
lose in der IG
Metall«

metall: Lassen sich angedrohte Zwangsumzüge verhindern?

Schneider: Wir versuchen es. Beispielsweise haben wir es geschafft, dass Ältere, Behinderte und Arbeitslosengeld II-Bezieher mit kleinen Kindern ihre Wohnung behalten können – obwohl die Miete den Behörden zu hoch ist.

metall: Hatte die »Arge« Mitleid?

Schneider: Nein, wir haben zusammen mit der IG Metall Druck gemacht, klassische Gewerkschaftsarbeit ist das. Das hat immerhin bewirkt, dass die KdU-Richtlinie (Kosten der Unterkunft) der Stadt angepasst wurde und deutlich weniger Bescheide verschickt wurden.

metall: Dennoch sollen allein in Bochum über 1400 Erwerbslose umziehen ...

Schneider: ... dass viele Kollegen nach dem Verlust ihres Arbeitsplatzes auch noch ihre Wohnung verlieren sollen, ist entwürdigend. Die Umzugsdrohungen müssen vom Tisch, diese Behandlung hat kein Erwerbsloser verdient.

metall: Erwerbslose beklagen die fehlende Beratung der »Arge«. Zu Recht?

Schneider: Ja, die wollen nur Kosten senken. Betroffene sollten sich von der IG Metall oder Leuten, die Ahnung haben, beraten lassen. Die Bescheide ergehen häufig ohne Rechtsgrundlage, daher sollte unbedingt Widerspruch eingelegt werden. ◀

Anzeige

MetallRente

Ihr finanzieller
Schutz
bei Berufsunfähigkeit.
MetallRente.BU

Info unter www.metallrente.de